



„Forschung im Bereich der Grünen Gentechnik“ -

Anhörung im Bundeslandwirtschaftsministerium am 26. Januar 2015

Verbändeforderungen für die Risikoforschung mit gentechnisch veränderten Pflanzen

Die Verbände sprechen sich gegen die weitere Entwicklung und den Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen aus und fordern eine erhebliche Verbesserung der Risikoforschung mit gentechnisch veränderten Pflanzen.

- Die Standards zur Vermeidung von Interessenkonflikten müssen angehoben werden. Dies gilt insbesondere für Personen in mit öffentlichen Geldern finanzierten Projekten zur Risikoforschung und für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zuständigen Behörden.
- Die Berufung von Expertinnen und Experten, die mit der Bewertung und Auswahl von Forschungsprojekten betraut werden, muss vollständig transparent geschehen. Dies gilt insbesondere für die Berufung der Personen, die darüber entscheiden, welche Projekte zur Risikoforschung gefördert werden - und welche nicht.
- Nichtregierungsorganisationen, die - beispielsweise - in den Bereichen Agrarpolitik, Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz aktiv sind, müssen deutlich stärker an den Entscheidungsfindungen im Kontext der aus öffentlichen Geldern finanzierten Risikoforschung beteiligt werden. Dies gilt insbesondere für die Entwicklung und Formulierung von Themen und Zielsetzungen, wie auch für die Auswahl der Forschungsprojekte und der Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer.
- Es sollten Mechanismen entwickelt werden, um über verpflichtende Abgaben der Industrie weitere finanzielle Mittel für die Risikoforschung bereitzustellen. Über deren Verwendung sollten nicht die Unternehmen selbst, sondern ein Gremium entscheiden, in dem die oben genannten Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft gleichberechtigt vertreten sind.
- Der Zugang zu den Untersuchungsmaterialien (z.B. gentechnisch verändertes Saat- und Erntegut und isogene Linien) muss jeder Forscherin und jedem Forscher ohne Einschränkung offen stehen.